

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: VO/7625/2020
	Status: nichtöffentlich
	Datum: 29.09.2020
Dezernat:	I
Fachdienst:	1.1 - Koordinierungsstelle Digitale Verwaltung
Sachbearbeiter/in:	Dr. Verbist, Karen

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Erörterung	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG) im Verbund der Mittelstädte Hessens

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Universitätsstadt Marburg, die Stadt Wetzlar, die Universitätsstadt Gießen, die Kreisstadt Limburg und die Stadt Fulda schließen eine Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG) ab. Sie beantragen gemeinsam bei Hessische Ministerium des Innern und für Sport eine Förderung für diese interkommunale Zusammenarbeit.

Sachverhalt:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, alle Verwaltungsleistungen bis zum Ende des Jahres 2022 digital zugänglich zu machen. Bund, Land und Kommunen sind somit gleichermaßen in der Verantwortung. Diese gesetzliche Verpflichtung und die damit verbundene Verwaltungsdigitalisierung stellen die Landkreise, Städte und Gemeinden vor eine große Herausforderung.

Die Gemeinschaftsvorhaben zur Umsetzung des OZG auf der Ebene von Bund und Länder betreffen zum sehr großen Teil Leistungen in der Zuständigkeit und/oder Ausführung von Bund und Länder, sogenannte Typ 2 und 3 Leistungen. Es gibt jedoch einen sehr großen Teil an Leistungen (Typ 5), welche in die Zuständigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden fallen. Das Land Hessen unterstützt die Landkreise, Städte und Gemeinden leider nur bis zum „OZG-Briefkasten“ bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Dies ist ein digitaler Briefkasten, welcher an der „Verwaltungstür“ aufhört. Die interne digitale Bearbeitung der Verwaltungsleistungen ist nicht Teil der Unterstützung.

Die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mitwirkenden Städte wollen gemeinsam diese Lücke schließen.

Die digitale Weiterbearbeitung der digital gestellten Anträge ist unabdingbar, um nicht neue Schnittstellen aufzumachen. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Kombination aus Prozessoptimierung, Digitalisierung von Verwaltungsleistungen über online Service-Portale, unter Einbeziehung von ePayment, eine sichere digitale Kommunikation und die Digitalisierung der Sachbearbeitung, inklusive das Führen von elektronische Akten, eine umfassende und effiziente „Voll-Digitalisierung“ von Verwaltungsprozessen ermöglicht.

Die Voll-Digitalisierung stellt ein sehr umfangreiches und sehr arbeitsintensives Vorhaben dar. Um diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen und die Digitalisierung in den Kommunen voranzutreiben, haben sich die vertragsschließenden Kommunen auf eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG) verständigt. Durch die gemeinsame Zusammenarbeit wird ein konstruktiver und vertrauensvoller Austausch angestrebt. Daraus resultierende Synergieeffekte bei der OZG-Umsetzung können so optimal genutzt werden und die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen auf kommunaler stärker vorangetrieben werden.

Laufzeit der Vereinbarung und Fördermittel:

Die Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung hat eine Laufzeit von 5 Jahren.

Die Fördermittel „IKZ Förderung“ belaufen sich auf max. 100.000 Euro für alle Partner über die Gesamtlaufzeit. Im Falle einer Förderung sind sich die vertragsabschließenden Kommunen einig, dass die Fördersumme zu jeweils gleichen Verhältnissen verteilt wird. Über die Verwendung möglicher Fördermittel soll zwischen den beteiligten Kommunen Einvernehmen hergestellt werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten für Arbeitskreissitzungen zwecks Austausch und Abstimmung können aus der beantragte Fördermittel IKZ Förderung abgedeckt werden.

Bei Maßnahmen der Digitalisierung kann es möglich sein, Kosteneinsparungen im Einkauf zu realisieren durch den gemeinsamen Ankauf den Partnern (Mengenrabatt).

Die Koordinierungsstelle Digitale Verwaltung hat im Stellenplan 2021 einen Antrag gestellt für eine Personalstelle um Digitalisierungsthemen in „Netzwerken“ bearbeiten zu können. Die Netzwerke betreffen sowohl Partner innerhalb der Stadt Marburg als auch die genannten Partner im IKZ.

Anlagen: Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG)

Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung

zur interkommunalen
Zusammenarbeit für die
Umsetzung des
Onlinezugangsgesetz
(OZG)

Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für die
Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG)

Zwischen der

Stadt Wetzlar, Ernst-Leitz-Straße 30, 35578 Wetzlar,
vertreten durch den Magistrat,

der

Universitätsstadt Gießen, Berliner Platz 1, 35390 Gießen,
vertreten durch den Magistrat,

der

Universitätsstadt Marburg, Markt 1, 35037 Marburg,
vertreten durch den Magistrat,

der

Kreisstadt Limburg, Über der Lahn 1, 65549 Limburg a.d.Lahn,
vertreten durch den Magistrat,

und der

Stadt Fulda, Schloßstraße 1, 36037 Fulda,
vertreten durch den Magistrat,

wird gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über Kommunale Gemeinschaftsarbeit – KGG –
vom 16.12.1969 (GVBl. I S. 307) in der jeweils gültigen Fassung nachfolgende

Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung

abgeschlossen.

Präambel

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, alle Verwaltungsleistungen bis zum Ende des Jahres 2022 digital zugänglich zu machen. Bund, Land und Kommunen sind somit gleichermaßen in der Verantwortung.

Diese gesetzliche Verpflichtung und die damit verbundene Verwaltungsdigitalisierung stellen die Landkreise, Städte und Gemeinden vor eine große Herausforderung. Um diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen und die Digitalisierung in den Kommunen voranzutreiben, haben sich die vertragsschließenden Kommunen auf eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Digitalisierung verständigt.

Durch die gemeinsame Zusammenarbeit wird ein konstruktiver und vertrauensvoller Austausch angestrebt. Daraus resultierende Synergieeffekte bei der OZG-Umsetzung können so optimal genutzt werden und die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen auf kommunaler stärker vorangetrieben werden.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ist die Gründung einer interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den vertragsschließenden Kommunen im Bereich der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).
- (2) Die vertragsschließenden Kommunen bilden zusammen eine Arbeitsgemeinschaft. Eine Übertragung von Zuständigkeiten auf die Arbeitsgemeinschaft erfolgt nicht.
- (3) Die eigene Infrastruktur der vertragsschließenden Kommunen ist nicht Gegenstand dieser Vereinbarung.

§ 2 Aufgaben der beteiligten Kommunen

- (1) Die vertragsschließenden Kommunen tauschen regelmäßig Information aus und unterstützen sich gegenseitig bei der Prozessoptimierung und Entwicklung digitaler Verwaltungsleistungen.
- (2) Zur Gestaltung der Kommunikation und Information zwischen den beteiligten Kommunen finden regelmäßige Arbeitskreissitzungen statt.
- (3) Zum Abschluss eines Kalenderjahres erfolgt eine Aufstellung über die Einsparung der personellen und sachlichen Ausgaben, die sich unmittelbar aus der interkommunalen Zusammenarbeit ergibt.

§ 3 Personal, Geschäftsführung

- (1) Die vertragsschließenden Kommunen bilden zusammen einen Arbeitskreis. Der Arbeitskreis besteht ausschließlich aus Vertreter/innen der beteiligten Kommunen.
- (2) Die Sitzungen des Arbeitskreises finden in einem regelmäßigen Turnus von 6 bis 8 Wochen statt. Im Vorfeld der Sitzung werden die Teilnehmer per E-Mail über die Tagesordnung unterrichtet.
- (3) Der Arbeitskreis dient dem regelmäßigem Austausch der Kommunen und zur Festlegung weiterer Vorgehensweisen.
- (4) Zur Sicherstellung und zum Aufbau von Know-How im Bereich der Digitalisierung und der Prozessentwicklung erfolgen gemeinsame Fortbildungen.
- (5) Die ausdrückliche Benennung einer Geschäftsführung erfolgt nicht. Die Einladung, die Organisation sowie die Protokollführung zu den Sitzungen erfolgt im Wechsel zwischen den vertragsschließenden Kommunen.

§ 4 Finanzielle Mittel, Deckung des Finanzbedarfs

- (1) Beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wird für die interkommunale Zusammenarbeit ein Förderantrag gestellt.

Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG)

- (2) Im Falle einer Förderung sind sich die vertragsabschließenden Kommunen einig, dass die Fördersumme zu jeweils gleichen Verhältnissen verteilt wird.
- (3) Über die Verwendung möglicher Fördermittel soll zwischen den beteiligten Kommunen Einvernehmen hergestellt werden.
- (4) Die vertragsschließenden Kommunen bilden kein gemeinschaftliches Vermögen. Entstehende Finanzbedarfe werden in einem angemessenen Verhältnis einvernehmlich auf die Kommunen verteilt und einzeln abgerechnet.

§ 5 Beitritt weiterer Gebietskörperschaften

Ein Beitritt weiterer Gebietskörperschaften ist ausdrücklich erwünscht. Während der Geltungsdauer dieser Vereinbarung können weitere Gebietskörperschaften beitreten, wenn die bisherigen Vereinbarungspartner zustimmen. Die Regelungen dieser Vereinbarung gelten dann entsprechend.

§ 6 Geltungsdauer und Kündigung

- (1) Diese Vereinbarung gilt zunächst für die Dauer von 5 Jahren.
- (2) Nach Ablauf dieses Zeitraums verlängert sie sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn nicht unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten vor Ablauf des Zeitraums eine schriftliche Kündigung der Vereinbarung zugeht.

§ 7 Änderungen und Wirksamwerden

- (1) Ergibt sich aus wichtigen Gründen die Notwendigkeit, dass Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung erforderlich sind, so sind diese unverzüglich zu vereinbaren. Wichtige Gründe sind insbesondere gesetzliche Änderungen oder Weisungen vorgesetzter Behörden.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (3) Die Vereinbarung wird wirksam, sobald sie von allen Beteiligten beschlossen und unterzeichnet ist.

§ 8 Salvatorische Klausel

- (1) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder im Nachhinein für unwirksam erklärt werden oder undurchführbar sein, so soll dadurch die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt sein.
- (2) Die vertragsschließenden Kommunen nehmen in diesem Fall unverzüglich Verhandlungen auf, um eine neue Regelung zu vereinbaren, die der unwirksamen

Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für die
Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG)

Bestimmung in ihrem Regelungsgehalt möglichst nahe kommt.

§ 9 Ausfertigungen

Jede vertragsschließende Kommune erhält eine Original-Ausfertigung der vorliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Wetzlar, den

Für die Stadt Wetzlar

W A G N E R
Oberbürgermeister

V I E R T E L H A U S E N
Bürgermeister

Für die Universitätsstadt Gießen

G R A B E – B O L Z
Oberbürgermeisterin

N E I D E L
Bürgermeister

Für die Universitätsstadt Marburg

S P I E S
Oberbürgermeister

S T Ö T Z E L
Bürgermeister

Für die Kreisstadt Limburg

H A H N
Bürgermeister

S T A N K E
Stadtrat

Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für die
Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG)

Für die Stadt Fulda

W I N G E N F E L D
Oberbürgermeister

W E H N E R
Bürgermeister